

11. November 1918–2018: Mahnung zum Einsatz für Frieden, Demokratie und Europa

100 Jahre ist es bald her, dass der Waffenstillstand von Compiègne de facto den 1. Weltkrieg beendete. Wenn wir an das Jubiläum am 11. November 2018 denken, blicken wir zurück auf 20 Millionen Tote und noch einmal so viele Verwundete, auf millionenfaches Leid und Zerstörung, deren Spuren immer noch sichtbar sind.

Auf den Ruinen der "Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts" entstand aber auch etwas, das heute als das größte zivilisatorische Projekt der modernen Menschheitsgeschichte gilt: eine breite gesellschaftliche Bewegung für eine europäische Einigung mit dem großen Ziel, langfristig den Frieden zu sichern.

Prominente Unterstützer der Anfang der 1920er Jahre entstehenden Europa-Bewegung waren auch der damalige französische Außenminister Aristide Briand und sein deutscher Kollege Gustav Stresemann - die gemeinschaftlichen Friedensnobelpreisträger sind so etwas wie die Urgroßväter des europäischen Einigungsprojektes.

Wir, die Präsidenten der Europäischen Bewegungen in Frankreich und Deutschland, wollen das Ende des 1. Weltkrieges vor 100 Jahren als Ansporn begreifen. Wir wollen und müssen darauf hinarbeiten, den Frieden auf dem europäischen Kontinent zu sichern und Europa gemeinsam voranzubringen. Gerade auf beiden Seiten des Rheins erleben wir derzeit immer deutlicher, dass nationalistische Parteien auf dem Weg sind, mit ihren negativen und oft verachtenden Parolen zivilisatorische Errungenschaften wie gegenseitigen Respekt und das Bemühen um Dialog und Konsens einzureißen und statt dessen verbale Schützengräben auszuheben.

Viele bemühen deshalb Allegorien aus der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen. Heute ist die Demokratie vielfältiger und gefestigter. Sie bildet ein Fundament auch für den grenzüberschreitenden Zusammenhalt, wenn die Politik nur auf die Stärken der pluralistischen Gesellschaft setzt und nicht Populismus nachahmt. Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Fundament erhalten bleibt und gestärkt wird.

Frankreich und Deutschland sind wichtig, aber die Fokussierung auf diese beiden Länder birgt sogar Gefahren. Sie wird weder der Vielfalt Europas noch seiner gesellschaftlichen Strukturen gerecht. Beide Länder haben die Pflicht, die parlamentarische pluralistische Demokratie in ganz Europa zu stärken, insbesondere die Europäische Union.

Die Europawahlen 2019 bilden dafür eine wichtige Wegmarke. Arbeiten wir gemeinsam dafür, das demokratische Europa und die pro-europäischen gesellschaftlichen Kräfte stark zu machen.